Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

27 (2.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 27 | Dienstag, den 2. Februar 1932 | 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Reichstag tritt Mitte Februar zusammen, um den Termin der Reichspräsidentenwahl festzulegen.

•

Die Lage in Schanghai ist noch ungeklärt. Die fremden Mächte ziehen Verstärkungen heran, die Japaner räumen und transportieren Frauen und Kinder ab, China rüstet zum Widerstand.

•

Nanking wurde von einem japanischen Kreuzer beschossen, zahlreiche Zerstörer wirkten bei dem Angriff mit, der Krieg ohne Kriegserklärung geht weiter.

•

Auf einer Reichslandbund-Kundgebung richtete Graf Kalckreuth scharfe Angriffe gegen das Reichskabinett.

•

Der Ausschuß für die Wiederwahl Hindenburgs unter dem Vorsitz des Berliner Oberbürgermeisters Sahm erläßt einen Aufruf für Hindenburg.

•

Die Außenminister der in der Kleinen Entente zusammengeschlossenen Staaten sind in Montreux zu einer Konferenz zusammengetreten und haben beschlossen, auf der Abrüstungskonferenz die französische Sicherheitsthese uneingeschränkt zu vertreten.

•

An der Beschießung der Stadt Nanking, die etwa vier Stunden andauerte, waren vier japanische Kreuzer beteiligt. Chinesische Artillerie hat das Feuer erwidert. Tausende von Zivilpersonen verlassen panikartig die Stadt. Der englische und amerikanische Generalkonsul haben ihren Staatsangehörigen geraten, die Stadt schleunigst zu verlassen.

•

Mit Rücksicht auf die Lage im Fernen Osten hat der Haushaltsausschuß des Repräsentantenhauses den beabsichtigten Abstrich am amerikanischen Wehrhaushalt in Höhe von 50 Millionen Dollar zurückgestellt.

•

Wie das französische Außenamt mitteilt, ist der französische Botschafter in Tokio beauftragt worden, den japanischen Außenminister zur Mäßigung zu raten und seine Aufmerksamkeit auf das internationale Statut von Schanghai zu lenken.

•

Nachdem die Frist für das Ultimatum abgelaufen war, haben japanische Truppen nach einer vorausgegangenen Beschießung die Stadt Swatau besetzt. Die Marinetruppen halten das Hafenviertel und die Regierungsgebäude unter scharfer Bewachung.

Reichstag Mitte Februar

Berlin, 1. Febr. Die Nachricht, daß der Reichstag für den 16. Februar einberufen sei, ist, wie man von maßgebender Stelle erfährt, nicht richtig. Eine Entscheidung über den Tag, an dem der Reichstag zusammentritt, ist bisher noch nicht gefallen. Sie wird erst getroffen werden können, sobald Reichstagspräsident **Löbe**, der gegenwärtig verreist ist, wieder in Berlin eingetroffen ist. Im übrigen hat sich an den Dispositionen des Reichstags nichts geändert. **Man rechnet vielmehr mit einer vorzeitigen Einberufung des Reichstags Mitte Februar nur zu dem Zweck, den Termin für die Reichspräsidentenwahl festzusetzen.** Ueber den **kommunistischen Antrag**, den Auswärtigen Ausschuß des Reichstags sofort zur Beratung über den chinesisch-japanischen Zwist einzuberufen, ist, wie das Nachrichtenbüro des VdZ. weiter hört, noch keine Entscheidung getroffen worden.

320 Millionen Reichsmark für Preußen?

Berlin, 2. Febr. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. bereits gemeldet hat, bewegten sich die preußischen Verhandlungen mit der Reichsregierung nach dem Scheitern des **Ueberganges der Preußenkasse auf das Reich** auf der Basis einer starken Beteiligung bezw. Vorherrschaft des Reichs bei den preußischen Siedlungsinstituten. Das Reich sollte nun diese Folgerung als Vorbedingung für die **Ueberlassung größerer Summen zum Ausgleich des preußischen Etats aufgestellt haben.** Jetzt ist im preußischen Landtag von den Deutschnationalen eine große Anfrage eingebracht worden, in der es heißt, der preußische Finanzminister Dr. Klepper habe zur Beseitigung des Defizits im preußischen Haushalt dem Reich gegen eine Entschädigung von 320 Millionen Reichsmark die Abtretung des gesamten preußischen Siedlungswesens an das Reich angeboten, sowie den Verzicht Preußens auf seine Anteile an der Reichssiedlungsbank und die Auflösung der Preußischen Landesrentenbank. Die Deutschnationalen fragen, was die Regierung dagegen tun wolle, „daß der gegenwärtige Finanzminister eine die Lebensinteressen Preußens gefährdende Finanzpolitik weiter" betreibe.

Hierzu wird dem Nachrichtenbüro des VdZ. erklärt, daß es sich bei den Einzelangaben der großen Anfrage um ein Projekt handele, das in der Tat Gegenstand von Besprechungen der zuständigen preußischen Stellen mit der Reichsregierung sei. Die Verhandlungen wären noch nicht zum Abschluß gekommen.

Aufruf des Hindenburg-Ausschusses

Berlin, 1. Febr. Der Hindenburg-Ausschuß hat heute abend folgenden Aufruf erlassen:

Das Volk will Hindenburg!

Deutsche!

In wenigen Wochen soll das deutsche Volk den neuen Reichspräsidenten wählen. Millionen sind der Ueberzeugung, daß für die höchste Würde des Reiches nur ein Mann in Betracht kommt, Hindenburg. Gegenüber der geschichtlichen Persönlichkeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten treten alle anderen Namen zurück, die in der Erörterung der letzten Woche von der Parteipolitik genannt worden sind.

Hindenburg! Um diesen Namen leuchtet der Ruhm von Tannenberg und die lebendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges, das vier Jahre den Boden der Heimat schützte und die deutschen Waffen siegreich in ferne Länder trug.

Hindenburg: das ist ein Leben deutscher Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes von 1871 bis zur Präsidentschaft der Republik!

Hindenburg: das ist die Ueberwindung des Parteigeistes, das Sinnbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit!

Hindenburg: das ist für Deutschland und die Welt die vornehmste Verkörperung der Deutschen, der Erste im Weltkrieg, der Erste im Frieden, und der Erste im Herzen seiner Mitbürger.

Deutsche! Seid in dieser Stunde ein Volk, dankbar, einig und groß!

Eine imposante Kundgebung soll Hindenburg bitten sich als Volkskandidat sich zur Wiederwahl als Reichspräsident zur Verfügung zu stellen. Keiner darf zur Seite stehen, wenn es gilt, sich zu Hindenburg und zur nationalen Einheit zu bekennen.

Deutscher! Dein Name gehört Hindenburg!

Der Hindenburg-Ausschuß.

*

Auflegung der Listen.

Zur Ausführung des Aufrufes teilt der Hindenburg Ausschuß mit:

„Ein von den Parteien unabhängiger Wahlvorschlag muß die Unterschrift von 20 000 Wählern tragen. Es gilt, diese Zahl möglichst schnell zusammenzubringen. Deshalb ist die deutsche Presse gebeten worden, Listen zur Eintragung für den Wahlvorschlag „Hindenburg" auszulegen. Dadurch soll die gesetzliche Vorschrift erfüllt und zugleich eine spontane Vertrauenskundgebung für den Reichspräsidenten von Hindenburg ermöglicht werden. Diese Kundgebung bedeutet die Bitte an den Reichspräsidenten, sich als Volkskandidat für die Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Die Einzeichnungslisten werden von den Zeitungen, die sich hierzu bereitfinden, vom Mittwoch, den 3. Februar bis einschließlich Samstag, den 6. Februar ausgelegt.

Im Auftrage des Hindenburg-Ausschusses.

gez. Dr. Sahm."

*

Eintragungslisten für die Wiederaufstellung Hindenburgs liegen in den Geschäftsräumen des „Durlacher Tageblattes", Hauptstraße 53, von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr zur Einzeichnung auf.

•

Die Unterzeichner des Aufrufes für Volkswahl Hindenburgs.

T.U. **Berlin**, 1. Febr. Der von dem Sahmausschuß herausgegebene Aufruf zur Volkswahl Hindenburgs ist unterzeichnet von folgenden Persönlichkeiten, die diesen Aufruf einstimmig beschlossen haben.

Die Liste wird noch vervollständigt werden.

Oberbürgermeister Dr. Sahm, Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons, Oberpräsident von Batocki, Frau Ministerialrat Bäumer, Verbandsvorsteher Hans Bechly, Oberbürgermeister Belian, Staatsminister a. D. Dominicus, Geheimrat Dutsberg, Postbaurat Echternach, Rechtsanwalt Hermann Fischer, Wilhelm Flügel, Landesbaurat Fritz-München, Reichsminister a. D. Dr. Geßler, Frau Anna von Gierke, Präsident Dr. Grund, Heinrich Grünfeld, Gerhard Hauptmann, Geh. Regierungsrat Dr. Georg Heim-Regensburg, Frau Geheimrat Heßberger, Oberbürgermeister Jarres-Duisburg, Professor Junkers-Dessau, Präsident Dr. D. Kappler, Generalsuperintendent D. Karow-Berlin, Staatssekretär z. D. Dr. Kempner, Dr. Kleemann, Prälat Kreuz, Kommerzienrat Krumbhaar-Liegnitz, Freiherr von Landsberg-Steinfurth, Ernst Lemmer, Geheimrat Dr. Lewald, Prof. Liebermann, Arthur Mahraun, Geheimrat Oskar von Miller-München, Präsident Dr. Mulert, Oberpräsident Gustav Noske, Geheimrat Prof. Oncken, Verbandsvorsitzender Bernhard Otte, Geheimrat Prof. Pland, Präsident Stadtrat Pflugmacher-Magdeburg, Staatsminister Schmidt-Ott, Bischof Schreiber-Berlin, Bankdirektor Dr. Solmssen, Professor Philipp Stein, Professor Tillmann-Bonn, Frau Dr. Dorothea Velsen, Generalkonsul Wanner-Stuttgart, Frau Ministerialrat Helene Weber, Generalmajor a. D. von Winterfeldt, Frau Dr. Zahn-Harnack.

Es sind bereits jetzt Vorbereitungen im Gange, den Ausschuß durch Länder- und Ortsausschüsse organisatorisch zu ergänzen.

Sahm über die Gründe für die Bildung des Ausschusses.

T.U. **Berlin**, 1. Febr. Vor Vertretern der Presse äußerte sich Dr. Sahm am Montag abend über die Gründe, die ihn veranlaßt haben, den Ausschuß zur Volkswahl Hindenburgs ins Leben zu rufen. Als vor drei Wochen der Versuch der parlamentarischen Aktion gescheitert sei, sei eine große Beunruhigung im gesamten Volke entstanden. „Mit vielen deutschen Männern und Frauen war ich der Meinung, daß aus außenpolitischen und innerpolitischen Gründen eine Zerreißung des Volkes nicht erträglich sei. Nur der Name Hindenburg kann retten und Hindenburg muß wieder einmal der Retter des deutschen Volkes aus größter Not sein. Für die Reichsregierung bestand offenbar keine Möglichkeit mehr, hier etwas zu tun. Es mußte aber schnell gehandelt werden." Zwei Gründe hätten ihn veranlaßt, die Aufgabe zu übernehmen:

Die Initiative mußte von einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens ausgehen, die trotzdem keinerlei parteipolitische Bindungen oder Verpflichtungen hat. Er, Sahm, habe sich stets von Parteibindungen ferngehalten und diese Tatsache sei auch durch seine Wahl zum Oberbürgermeister von Berlin anerkannt worden. Der zweite Grund sei für ihn der gewesen, daß in dieser bedeutsamen Frage die Reichshauptstadt eine gewisse Führerstellung einzunehmen habe. Sahm betonte ausdrücklich und mit vollem Ernst, daß seine Aktion nicht durch die Reichsregierung veranlaßt worden sei und daß sie keinerlei Stellungnahme für oder gegen die Regierung bedeute. Vielmehr sei er dazu aus eigener innerer Ueberzeugung getrieben worden.

Dr. Sahm bezeichnete es als einen glücklichen Zufall, daß in dem Augenblick, als seine Absicht bekannt geworden sei, sich bereits ein bayerischer überparteilicher Ausschuß der Oeffentlichkeit vorgestellt habe. Er sei dadurch keineswegs überrascht gewesen. Vielmehr hätten mit bayerischen Persönlichkeiten vorher bereits Verhandlungen stattgefunden, die vollkommene Uebereinstimmung über Ziel und Weg ergeben hätten.

Zur Bildung des Ausschusses selbst, sowie über dessen Aufgaben stellte Dr. Sahm folgendes fest: Der Ausschuß konnte sich nicht an politische Parteien wenden, sondern nur an solche Persönlichkeiten, die im wirtschaftlichen, religiösen, sozialen oder Geistesleben führend sind und große Organisationen hinter sich haben. Dennoch konnte der Aufruf nur von Persönlichkeiten als solchen unterzeichnet werden, weil durch Beschlüsse von Organisationen, die ohnehin vielfach satzungsmäßig gehindert sind, sich politisch zu betätigen, Zeit verloren gegangen wäre. Er, Sahm, sei herangetreten an Persönlichkeiten von rechts über die Mitte bis nach links, soweit eine politische Einstellung von ihnen als bekannt vorauszusehen war. Täglich liefen stoßweise Briefe von Persönlichkeiten ein, die ihre Mithilfe zusagten. Es bestehe Aussicht, daß auch solche Persönlichkeiten, die jetzt noch aus politischen oder organisatorischen Gründen Zurückhaltung übten, später ihre Bedenken fallen lassen würden.

Berliner Blätter zum Aufruf des Hindenburg-Ausschusses.

T.U. **Berlin**, 2. Febr. Zu dem Aufruf des Hindenburgausschusses nehmen eine Reihe Berliner Blätter ausführlich Stellung. Die „D.A.Z. ist überzeugt, daß der Aufruf von der Mehrheit des Volkes gebilligt werde; als ein Denkmal der Dankbarkeit für Hindenburgs geschichtliche Gestalt sei er der Zustimmung weitester Kreise sicher. Die „Germania" spricht von einer patriotischen Tat, u. glaubt nicht, daß es Parteien gebe, die sich als Hindernis in den Weg stellen. Sie würden damit eine Verantwortung übernehmen, die zu tragen sie nicht in der Lage wären. Der „Börsencourier" weist darauf hin, daß kein anderer Kandidat in einer Epoche entscheidender Verhandlungen ein annähernd gleiches Maß von internationalem Ansehen mitbringen würde. Das „Berliner Tageblatt" schreibt, es komme jetzt nicht darauf an, daß eine Partei recht behalte, sondern, daß dem Land die oberste Führung erhalten bleibe, die es gerade jetzt am wenigsten entbehren könne. Die „Börsenzeitung" bezeichnet es als auffällig, daß sich unter den Persönlichkeiten, die den Sahm-Aufruf nicht unterzeichnet haben, gerade solche Persönlichkeiten befänden, die als Vorsitzende großer Wirtschaftsverbände, berufsständischer und überparteilicher Organisationen über einen großen Wirkungskreis verfügten und nicht zuletzt deshalb von Dr. Sahm zur Beteiligung aufgefordert worden sein dürften.

*

Wirtschaftspartei für Hindenburg

Berlin, 2. Febr. Die Reichstagfraktion der Wirtschaftspartei hielt am Montag eine mehrstündige Sitzung ab, in der sie den Bericht der Abgeordneten Dr. Bredt und Mollath entgegennahm, die beim Reichskanzler wegen der **Reichspräsidentenwahl** vorstellig geworden waren. **Die Fraktion bekannte sich einmütig zur Kandidatur Hindenburgs** und brachte zum Ausdruck, daß eine andere Kandidatur für die Wirtschaftspartei nicht in Frage komme. Die Fraktion billigte ferner einmütig die Haltung des Abg. Jörissen im Strafrechtsausschuß des Reichstags und die von ihm im Ausschuß abgegebene Erklärung, daß die Wirtschaftspartei angesichts des Fernbleibens der deutschnationalen und nationalsozialistischen Vertreter eine Weiterberatung der Strafrechtsreform durch den Ausschuß für zwecklos halte und sich daher gleichfalls an den Ausschußsitzungen nicht weiter beteiligen werde.

•

Stahlhelm gegen Sahm-Ausschuß

Berlin, 1. Febr. Das Bundesamt des Stahlhelm teilt mit, der erste Bundesführer **Seldte** habe dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm mitgeteilt, daß er sich nicht in der Lage sehe, dem von Dr. Sahm geplanten Ausschuß für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg beizutreten. Diese Stellungnahme richte sich nicht gegen Hindenburg. Der Stahlhelm erblicke jedoch weder in Dr. Sahm die geeignete Persönlichkeit noch in dem von ihm beschrittenen Wege der Bildung eines vorwiegend mittelparteilichen Ausschusses das geeignete Mittel für die Behandlung der Reichspräsidentschaftsfrage.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Lage in China

Neue Kämpfe in Schanghai

Schanghai, 31. Jan. Unter dem Vorwand, daß chinesische Scharfschützen aus einem Hotel im nördlichen Teil der Fremdenniederlassung geschossen hätten, zwangen **die Japaner** die Hotelgäste zum Verlassen des Gebäudes auf und steckten dieses mit Petroleum in Brand. Das war der erste Fall japanischen Vorgehens innerhalb der internationalen Niederlassung. Unter großen Schwierigkeiten gelang es englischen Freiwilligen, japanische Reservisten von einem Platz zu vertreiben, der in den englischen Verteidigungsbereich fällt.

Schanghai, 1. Febr. Sonntag nach 11 Uhr abends örtlicher Zeit brach nach mehrstündiger Ruhe **ein harter Kampf im nördlichen Teil der Stadt Schapei aus.** Er begann mit unregelmäßigem Gewehrfeuer. Dann setzte Maschinengewehrfeuer einer und schließlich nahm das Feuer derart zu, daß ein regelrechtes Gefecht im Gange war.

Ein **japanisches Kriegsschiff gab Maschinengewehrfeuer gegen die Brücke ab, die von der internationalen Niederlassung nach dem Bezirk Hongkew führt.** Drei chinesische Flüchtlinge wurden dadurch getötet. Die Japaner erklären, das Feuer sei gegen vereinzelte Scharfschützen gerichtet gewesen.

Die Kämpfe gehen noch immer um den Besitz der Chinesenstadt Schapei, in der die Chinesen sich zäh halten.

Auch in der **Mandschurei** wird wieder gekämpft. Nach japanischer Meldung griffen Chinesen eine Station in der Nähe von **Charbin** an, die von den Japanern in stundenlangem Kampfe verteidigt wurde. Die Chinesen wurden zurückgeschlagen. Es handelte sich nach russischer Meldung um Zerstörung der nach Charbin führenden Eisenbahn; die Unterbrechung soll durch Schienenzerstörung und Brückensprengung gelungen sein.

*

Chinas Außenminister lehnt Kriegserklärung ab

Paris, 1. Febr. Nach einer im „Matin" veröffentlichten Agenturmeldung aus Nanking habe **der neue chinesische Außenminister Lowenkar kategorisch die Nachricht dementiert, China würde Japan den Krieg erklären. Er habe vielmehr betont, daß China niemals den Krieg erklären werde, aber daß es Widerstand leisten und bis auf den letzten Mann und auf die letzte Patrone kämpfen werde, solange Japan China Gewalt antue und es erniedrige.** Die legitime Verteidigung sei stets durch das internationale Gesetz und sogar durch die Humanität gerechtfertigt.

*

Rußland und der Ferne Osten

Moskau, 31. Jan. In seiner Eröffnungsrede auf der 71. Parteikonferenz sprach der Vorsitzende des Volkskommissariats **Molotoff** über die Außenpolitik Rußlands, die eine Friedenspolitik sei. „Wir tun," erklärte er, „alles, um neue Ueberfälle auf die Republik und den Sozialismus zu verhindern. Die Ereignisse im **Fernen Osten** fordern von uns die ernsteste Wachsamkeit und Bereitschaft. Russische **Weißgardisten** in der Mandschurei und in Paris schmieden offen Pläne zur Loslösung des Fernen Ostens von der Sowjetunion und Schaffung eines „Pufferstaates" mit ausländischer Unterstützung unter Beteiligung der aus den Angriffen auf die Sowjetunion in den Jahren 1918 und 1919 bekannten internationalen Abenteurer von der Art des früheren Generals Gaida und seiner Anhänger.

*

Konjunkturfolgen des mandschurischen Konflikts in Jugoslawien

Agram, 31. Jan. Der Konflikt zwischen China und Japan scheint eine Konjunktur für die Schweinehändler Jugoslawiens ausgelöst zu haben, da die chinesische Regierung zur Verproviantierung ihrer Streitkräfte 20 000 Schweine bestellt hat. Verläuft der Transport der Tiere normal, so sollen weitere Bestellungen gemacht werden.

Die Frage der Kriegserklärung Chinas

Nanking, 1. Febr. Wie verlautet, **haben** an der Sitzung vom Samstag, in der die Frage der Kriegserklärung an Japan besprochen wurde, die obersten chinesischen Führer, darunter Tschiangkaischek, teilgenommen. **Alle seien für die Ergreifung von Kriegsmaßnahmen gewesen, aber wie man heute aus zuverlässiger Quelle erfährt, für einen Krieg ohne vorhergehende Kriegserklärung.**

Die ausländischen Truppen in Schanghai

Schanghai, 1. Febr. Der eben eingetroffene **britische Kreuzer „Suffolk" hat Marineinfanterie gelandet,** die die Truppen ablösen soll, die seit Beginn der Krise die Wasserwerke der Stadt bewachen. Der französische Generalkonsul teilte mit, **daß ein französisches Bataillon aus Tientsin** entsandt worden sei. Damit wird sich die ausländische Besatzung der internationalen und der französischen Konzession auf 12 000 Mann (ausschließlich der Polizei- und der Marineabteilungen) belaufen.

Japanische Truppenlandung in Nanking?

Neuyork, 1. Febr. Wie Associated Preß aus Schanghai berichtet, werden chinesischen Meldungen zufolge japanische Marinesoldaten unter dem Feuerschutz eines auf dem Yangse-Fluß liegenden japanischen Zerstörers in Nanking gelandet.

Japans Antwort auf den britischen Protest

Tokio, 1. Febr. Der Außenminister erklärte dem britischen Botschafter, der ihm den Protest seiner Regierung gegen die japanischen Maßnahmen in Schanghai zur Kenntnis brachte, daß die von den Japanern in Schanghai ergriffenen Maßnahmen nicht das Mindestmaß des Notwendigen überschritten hätten, und gab zu Verstehen, daß der britische Protest auf falschen Informationen zu beruhen scheine, die propagandistischer Natur seien.

Die japanische Presse zu den Ereignissen in Schanghai

Tokio, 1. Febr. Die Presse kritisiert den Beschluß des Völkerbundsrates, Artikel 15 anzuwenden, sehr scharf als sachlich unberechtigt und politisch höchst bedenklich. Die japanischen Seesoldaten hätten ausschließlich chinesische Angriffe abgewehrt, als sie auf Anordnung des internationalen Stadtrates die von Tausenden von Ausländern bewohnte Zone von Schanghai besetzten. Der Zwischenfall lasse sich nicht mit den Vorgängen in der Mandschurei vergleichen. **Die Schanghai-Frage sei lediglich von augenblicklicher und lokaler Bedeutung, werde vom Völkerbundsrat aber offenbar ungeheuer überschätzt. Es bestehe keine Gefahr eines Kriegsausbruches zwischen Japan und China, der allein die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 15 und der daraus resultierenden Sanktionen bilden sollte.** Der Beschluß des Völkerbundsrates lasse vollkommen die Tatsache außer Acht, daß der Völkerbund bei den anglo-amerikanischen Bombardements Nankings im Jahre 1927, das einen viel schlimmeren Gewaltakt dargestellt habe, nicht eingeschritten sei. **Der übereilte Beschluß des Völkerbundsrates sei für Japan unbegreiflich, dessen Beziehungen zum Völkerbunde dadurch schwer gefährdet seien.**

*

Die Völkerbundskommission fliegt nach der Mandschurei?

Amsterdam, 1. Febr. Das Völkerbundssekretariat hat sich an die holländische Flugverkehrs-Gesellschaft, die den Luftpostverkehr Holland-Niederländisch-Indien unterhält, mit der Anfrage gewandt, ob sie ein Flugzeug für die schleunige Ueberführung der Untersuchungskommission des Völkerbundes nach der Mandschurei zur Verfügung stellen kann. Die Flugverkehrs-Gesellschaft hat hierauf eine positive Antwort erteilt. Ein besonderes Flugzeug wird bereitgehalten. Jedoch ist bisher noch keine neue Mitteilung des Völkerbundssekretariats eingegangen.

*

Die Vereinigten Staaten lehnen Beteiligung an der Untersuchungskommission für Schanghai ab

Genf, 1. Febr. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Einladung des Generalsekretärs des Völkerbundes, sich an der Untersuchung über die Vorgänge in Schanghai zu beteiligen, beantwortet. Das amerikanische Staatsdepartement teilt in seinem Schreiben mit, daß die **Vereinigten Staaten** an den Bemühungen des Völkerbundes, den Konflikt zwischen Japan und China beizulegen, bereitwillig teilnehmen wollen. **Einer direkten Vertretung der Vereinigten Staaten in der Untersuchungskommission die auf Grund des Artikels 15 des Paktes Feststellungen an Ort und Stelle in Schanghai treffen soll, stünden jedoch zwei Hindernisse entgegen.** Zunächst seien die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Völkerbundes. Sodann gebe ja die Einsetzung dieser Kommission nicht auf einen einmütigen Beschluß des Völkerbundsrates zurück, da Japan vorläufig Einwendungen gegen die Anwendung des Artikels 15 erhoben habe. Das Staatsdepartement hätte sich, so heißt es weiter in dem Antwortschreiben, entschlossen, seinen Vertreter in Schanghai zu beauftragen, einen Bericht über die Lage in Schanghai zu machen und ihn dem Generalsekretär für seine Untersuchung zur Verfügung zu stellen.

Japanisches Ultimatum an die Behörden in Swatau. — Vor der Besetzung?

T.U. **Tokio,** 1. Febr. Der japanische Generalkonsul übermittelte den Behörden in Swatau, wie jetzt erst bekannt wird, ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum, in dem verlangt wird, daß alle japanfeindlichen Vereinigungen sofort aufgelöst und umfangreiche Maßnahmen zum Schutze des japanischen Handels getroffen werden. Falls die Forderung bis Montag abend nicht erfüllt sein sollte, werde Swatau von japanischen Marinetruppen besetzt werden. Die Antwort der Chinesen ist noch nicht bekannt. Vier japanische Zerstörer sind nach Swatau unterwegs.

Der Schanghai-Ausschuß soll dem Völkerbund berichten.

T.U. **Genf,** 1. Febr. Die amerikanische Regierung hat telegraphisch dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß sie einen offiziellen Vetreter für den jetzt vom Völkerbundsrat neu gebildeten Untersuchungsausschuß für Schanghai nicht ernennen könne, jedoch bereit sei, in dem Ausschuß mitzuarbeiten.

Dieser Ausschuß besteht aus den konsularischen Vertretern von Deutschland, England, Frankreich, Italien, Norwegen und Spanien in Schanghai und ist beauftragt worden, dem Völkerbundsrat möglichst bis Mitte dieser Woche einen Bericht über die militärischen Ereignisse in Schanghai zu erstatten. Auf der Grundlage dieses Berichtes wird der Völkerbundsrat voraussichtlich am Mittwoch von neuem über die jetzt zu ergreifenden Maßnahmen verhandeln. Die Beratungen des Völkerbundsrates sind endgültig bis zu dem Eintreffen des Berichtes ausgesetzt worden.

Japanische Matrosen in Kanton gelandet.

T.U. **Moskau** (über Kowno), 1. Febr. Nach einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion wurden am Montag in Kanton 600 japanische Matrosen an Land gesetzt. Die Matrosen übernahmen sofort die Bewachung des japanischen Konsulats und der anderen Staatsgebäude.

Washington und die Lage im Fernen Osten.

T.U. **Washington,** 1. Febr. Der englische Botschafter in Washington, Sir Ronald Lindsay, weigerte sich, nach seiner Besprechung mit dem Unterstaatssekretär Castle etwas über die Natur der „unvernünftigen" Lage in Schanghai zu sagen, erklärte aber, daß — wenn das Staatsdepartement seiner Ansicht zustimme — voraussichtlich neue Vorstellungen in Tokio erhoben würden.

Der japanische Botschafter hatte Besprechungen mit Stimson und im Laufe des Tages fanden zahlreiche Beratungen der zuständigen Regierungsstellen statt. Präsident Hoover wird dauernd über die Ereignisse im Fernen Osten auf dem Laufenden gehalten und hatte auch eine Unterredung mit Stimson.

Frankreich beruhigt Amerika.

T.U. **Washington,** 2. Febr. Die Meldungen über einen angeblichen französisch-japanischen Geheimvertrag haben in Washington großes Aufsehen erregt. Der französische Botschafter suchte darauf Staatssekretär Stimson auf, dem er versicherte, daß Frankreich weiter zur Zusammenarbeit mit Amerika und England im Fernen Osten zum Schutz des Lebens der Fremden und ihres Eigentums, sowie zur Befriedung bereit sei.

Japanische Truppen in Swatau gelandet.

T.U. **Moskau** (über Kowno), 1. Febr. Die sowjetamtliche Telegraphenagentur meldet aus Tokio, daß die japanischen Marinebehörden den Befehl erteilt haben, in Swatau Truppen zu landen. Der Truppenlandung ist eine Beschießung vorausgegangen. Das Hafenviertel und die Regierungsgebäude sind von japanischen Marinetruppen besetzt worden.

Die chinesische Darstellung der Beschießung Nankings.

T.U. **Schanghai,** 2. Febr. Von den chinesischen amtlichen Stellen wird erklärt, daß die Beschießung Nankings durch japanische Kriegsschiffe durch eine japanische Marinepatrouille verursacht worden sei, die versucht habe, eine Gruppe chinesischer Soldaten zu entwaffnen. Nach diesem Zwischenfall hätten die japanischen Kriegsschiffe sofort ein heftiges Feuer eröffnet und mehrere Forts mit Granaten belegt. Das Oberkommando der chinesischen Truppen hätte Befehl gegeben, daß die chinesischen Truppen nicht das Feuer erwidern, sondern sich zurückziehen sollten. Trotzdem hätten die Japaner die chinesischen Truppen angegriffen u. ihre Entwaffnung verursacht. Die chinesischen amtl. Stellen erklären, daß die politische Lage in Nanking noch sehr gespannt bleibe. Man befürchte, daß die Beschießung Nankings durch die Japaner am Dienstag wiederholt werde.

*

Zum chinesisch-japanischen Krieg.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[20

Meerheim sagte bedauernd:

„Es ist sehr schade, daß von den ganzen vielen netten Damen keine imstande ist, dich in der Heimat zu halten. Und ich hatte mich so gefreut, wieder mit dir zusammen sein zu können. Wann gedenkst du denn zu reisen?"

„In ein bis zwei Monaten. Eher kann ich nicht gut fort, obwohl ich einen ganz erstklassigen Inspektor habe. Doch ich habe verschiedene Neuerungen getroffen, die ich nun schon gern selbst noch ausprobieren möchte."

„Ja so. Ein tüchtiger Landwirt warst du ja immer. Was ich eigentlich mit Onkel Christians Erbe anfangen soll, ist mir ein Rätsel. Ich habe mich nie für Landwirtschaft interessiert und verstehe nichts davon. Schön begaunern wird mich die Bande; ich ahne das jetzt schon. Nun, ich werde ja sehen. Du machst mir mit deinen Reiseabsichten einen schweren Strich durch meine sauber aufgestellte Rechnung. Ich wollte nämlich bei dir in die Lehre. Nun ist es damit nichts, und Gut Johnswalde kann sich freuen."

Rheinsbergh lächelte belustigt, dann meinte er:

„Mein Inspektor Bernd wird dich gern in allem unterrichten. Er weiß ja noch besser Bescheid als ich."

Meerheim zog die Schultern hoch.

„Du wärest mir als Lehrer bestimmt lieber gewesen. Aber nun sag' mal, wann wirst du mich ein bißchen einführen? Du weißt schon: dorthin, wo ich meine soliden Absichten verwirklichen kann."

„Es ist gerade Reisezeit, und viele Herrschaften sind schon fort. Meine Tante Löwenried reist auch in nächster Zeit mit ihren zwei Töchtern — und einer jungen Dame, die sich unter ihrem Schutz befindet — ab. Aber ich kann dich selbstverständlich noch dort mit hinnehmen. Zum Beispiel morgen abend. Da ist der allwöchentliche intimere Teeabend. Da sind nur Freunde des Hauses da; wie ich dir schon sagte, sind aber die meisten der Herrschaften bereits fort, und es wird also sehr gemütlich sein. Tante Löwenried versteht es, in ihrem Hause Behaglichkeit zu verbreiten."

„Da muß ich dir also schon jetzt für die freundliche Vermittlung danken. Ich habe in einer halben Stunde noch eine wichtige Unterredung mit Onkels Anwalt. Wenn wir jetzt aufbrechen, komme ich zurecht, kann sogar zu Fuß gehen."

„Mir recht, Meerheim. Ich begleite dich noch ein Stückchen und werde dann noch schnell mal zu Löwenrieds hinaufsehen. Da kannst du dann morgen auf einen sehr freundlichen Empfang rechnen."

Die Freunde zahlten und gingen.

Als sie sich verabschiedet hatten, ging Rheinsbergh zur Wohnung seiner Tante.

Das freundliche Mädchen empfing ihn.

„Die gnädige Frau ist mit den beiden Fräuleins zur Schneiderin gefahren. Nur Fräulein von Dörring ist daheim."

Dietrich Rheinsbergh, der gerade ablegte, zuckte zurück.

„Nicht da? Wie schade. Ich wollte unbedingt meine Tante sprechen. Es hat eigentlich gar keinen Zweck, Fräulein von Dörring zu stören", sagte er hastig.

Am Ende des langen Ganges ging eine Tür auf.

„Lina? Bitte bringen Sie mir doch das Körbchen aus dem Garten. Ich möchte —"

Elme blieb wie erstarrt stehen.

Rheinsbergh ging schnell auf sie zu, verneigte sich tief.

„Ich wollte meine Tante Löwenried sprechen. Nun möchte ich doch wenigstens Ihnen guten Tag wünschen, mein gnädiges Fräulein."

Elme reichte ihm die Hand, die er nur leicht drückte und dann behutsam losließ.

Ratlos stand Elme da, während ihr das Herz stürmisch klopfte. Da klang seine tiefe Stimme in diese Ratlosigkeit hinein:

„Ich hatte mich zwar auf ein gemütliches Plauderstündchen gefreut; aber nun bleibt mir nichts weiter übrig, als mich telephonisch mit meiner Tante in Verbindung zu setzen. Sie haben Arbeit, wie ich sehe. Sie gestatten, daß ich mich empfehle? Auf Wiedersehen morgen abend!"

„Auf Wiedersehen!"

Elme ging ins Zimmer zurück. Fast unbewußt lenkte sie ihre Schritte bis zum Fenster, sah hinunter. Dort ging Dietrich von Rheinsburgh hoch und aufrecht über den Platz.

Ein paar junge Damen gingen an ihm vorüber. Er zog den Hut, ging weiter. Die jungen Damen blickten verstohlen hinter ihm her. Elme konnte dies ganz deutlich sehen.

Und wieder pochte ihr Herz unruhig und laut.

„Warum ist gerade er es, der mir meine Heimat nahm?"

Elme flüsterte es und drückte das Gesicht gegen den Vorhang. — — —

Rheinsbergh aber ging, in Gedanken verloren, dahin. Er sah nicht einmal, daß Doktor Gernrod ihn grüßte, der dann kopfschüttelnd weiterging.

„Warum nur hat Elme Dortlingens Antrag zurückgewiesen? Es wäre doch für sie, die sich für arm hält, ein großer Glücksfall gewesen?"

So grübelte Dietrich von Rheinsbergh nach.

* * *

Der Abend bei Löwenrieds wurde dann wirklich sehr gemütlich. Es war zugleich der Abschiedsabend, da Frau von Löwenried ihre Abreise für Sonnabend festgesetzt hatte.

Außer Rheinsbergh und Meerheim waren nur noch die Benders und die Ohringens eingeladen worden. Es „langte" weder bei Benders noch bei Ohringens zu einer Badereise. Beide Familien hielten es aber für besser, zu behaupten, man erwarte Besuch. Dieses kleine Manöver kannte man seit Jahren und lächelte nicht darüber, denn es war eben doch schlimm, wenn die Verhältnisse sich so verschlechtert hatten, daß man sich nichts, aber auch gar nichts mehr leisten konnte.

(Fortsetzung folgt.)